

## Der Weg der SED zum Bau der Berliner Mauer<sup>1</sup>

### 1. Die Berlin-Krise von 1958 bis 1961

Die zunächst mit Stacheldraht am 13. August 1961 vollzogene Teilung Berlins war ein spektakulärer Schritt von außerordentlicher Symbolkraft, der die Geschichte der Krise selbst überlagern sollte. Als der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow durch sein Ultimatum 1958 diesen weltpolitischen Konflikt um Berlin auslöste, dachten weder er noch der Erste Sekretär der SED Walter Ulbricht daran, dass sie am Ende eine Mauer, genauer eine Grenzbefestigung, durch die Stadt ziehen sollten. 1958 waren ihre Ziele weiter gesteckt: Sie forderten einen Friedensvertrag für Deutschland, den die vier Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten vereinbaren sollten. Eine Kernforderung war die Transformation von Westberlin in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ auf dem Territorium der DDR und den Abzug der „westlichen Besatzungstruppen“ aus Berlin. Sollten die Westmächte einen solchen Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollen, dann drohte die Sowjetunion, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen und ihr die Kontrolle der Transitwege von der Bundesrepublik nach West-Berlin zu übertragen.

Damit begann ein internationaler „Psychokrieg, bei dem man starke Nerven haben müsse“<sup>2</sup>, so der amerikanische Außenminister John Foster Dulles. In ihrer Entwicklung lassen sich zwei Phasen deutlich unterscheiden. Von 1958 bis zum geplatzen Pariser Gipfeltreffen der Staatschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreich im Jahr 1960 dominierten die ergebnislosen Vertragsverhandlungen der Vier Mächte unter Einbeziehung der beiden deutschen Staaten.

Mit dem Wiener Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und Chruschtschow im Juni 1961 konzentrierte sich die Gipfeldiplomatie auf die beiden Supermächte

---

1 Der Beitrag beruht auf den Ergebnissen zweier Projekte an denen ich beteiligt war:  
1. Das von Professor Dr. Leo Schmidt koordinierte Projekt „Die Berliner Mauer“, in dem mein Band „Der Weg zur Mauer“, Berlin 2011 entstand, und  
2. das von Stefan Karner organisierte Forschungsvorhaben zum Wiener Gipfeltreffen zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy im Juni 1961: Stefan Karner u.a. (Hrsg.): „Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow“, Innsbruck 2011.

2 Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963. München 2001, S. 53.

der bipolaren Weltordnung. Die Sowjetunion forderte von den USA eine vertragliche Regelung des „Westberlinproblems“. Wie ein erratischer Block lag West-Berlin ökonomisch und gesellschaftlich fest verbunden mit der Bundesrepublik, mitten in der DDR. Der Wiener Gipfel bildet die Zäsur zwischen den beiden Phasen des Konflikts. Kennedy gab Chruschtschow in Wien zu verstehen, den von ihm geforderten Friedensvertrag über Deutschland, mit dem West-Berlin in eine „Freie Stadt“ Westberlin<sup>3</sup> umgewandelt würde, werde er nicht unterschreiben.

In der DDR selbst hatte die zweite Phase des Konflikts bereits im Herbst 1960 begonnen. Auslöser war die Versorgungskrise, die die SED durch die 1960 gewaltsam durchgeführte Kollektivierung der Landwirtschaft selbst verursacht hatte. Die Enteignung der Bauern führte zum Rückgang der Versorgung mit Fleisch und Getreide und war eine der Ursachen für die Massenflucht aus dem „Arbeiter- und Bauern-Staat“. Die Fluchtbewegung war das öffentlich sichtbare Merkmal dieser Krise der DDR und bestimmte 1961 immer stärker ihren Verlauf. Allein in den Jahren 1960 und 1961 flohen 406.214 der insgesamt 17 bis 18 Millionen DDR-Bürger aus dem Machtbereich der SED.<sup>4</sup> Die Fluchtbewegung rückte die noch immer offene Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin in den Blick der SED-Spitze. Hier war das „Tor zum Westen“, war doch die innerdeutsche Zonengrenze seit 1952 bereits befestigt und für Flüchtlinge nahezu unpassierbar.

Erst nach dem Wiener Gipfeltreffen traf der sowjetische Parteichef Chruschtschow zwei Entscheidungen zur Grenzschießung in Berlin: Er erlaubte Ulbricht die Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin durch die DDR-Grenzpolizei schließen zu lassen und befahl dem Oberbefehlshaber der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“(GSSD) Armeegeneral Iwan I. Jakubowski die Pläne für diese Grenzschießung auszuarbeiten.

Mit den „Maßnahmen“ vom 13. August 1961 wurde die bereits 1948 politisch gespaltene Stadt definitiv geteilt in Ost-Berlin („Hauptstadt der DDR“) und West-Berlin. Die Teilung betraf die Kanalisation ebenso wie die innerstädtischen Verkehrs- und Telefonverbindungen.

Weltpolitisch war der Mauerbau der sowjetische Rückzug auf den Status quo in Berlin, der verhindert werden sollte, während ihn die Westmächte und die Bundesrepublik verteidigt hatten.

---

3 Bis 1990 existierten zwei Schreibweisen für die Westsektoren von Berlin. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin schrieben „West-Berlin“ und analog „Ost-Berlin“. Die DDR und damit die Sowjetunion schrieben „Westberlin“ in einem Wort. Für Ost-Berlin stand zunächst das „demokratische Berlin“ und dann „Berlin-Hauptstadt der DDR“. Beide Schreibweisen sind Ausdruck unterschiedlicher Rechtsauffassungen über den Status von Berlin, der Westen ging von der gemeinsamen Vier-Sektoren-Stadt aus, der Osten integrierte den Ostteil in die DDR und betonte die besondere politische Einheit Westberlin. Wegen dieses Unterschieds werden beide Schreibweisen in diesem Text verwendet.

4 Siehe hierzu die Statistik 5, Fluchtbewegungen aus der DDR und dem Ostsektor von Berlin (1949–1961), in: Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen. Berlin 2002, S. 312.

## 2. Walter Ulbricht und die Deutschland-und Berlinpolitik der SED 1958

Ein Motiv des sowjetischen Vorstoßes in Berlin war 1958 offenkundig: Die DDR als sozialistischer Staat in Deutschland musste stabilisiert und als zweiter deutscher Staat international anerkannt werden. Diese Zielsetzungen richtete sich direkt gegen die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, die den SED-Staat nicht anerkannte, seine Internationale ihre Anerkennung blockierte und gegenüber den vier Siegermächte auf der Wiedervereinigung Deutschlands auf Basis freier Wahlen beharrte. Das innerstaatliche Legitimationsproblem der SED-Herrschaft hatte sich fünf Jahre zuvor am 17. Juni 1953 eruptiv in der DDR gezeigt, in dem ersten großen Volksaufstand gegen eine kommunistische Diktatur im sowjetischen Imperium überhaupt. Der durch die sowjetischen Besatzungstruppen im Keim erstickte Aufstand demonstrierte auch das nationale Einheitsstreben vieler Deutscher in der DDR. Ulbricht versuchte, dieses Einheitsstreben auf zwei Wegen zu bekämpfen, propagandistisch trat die SED für die deutsche Einheit ein und propagierte eine Konföderation zwischen beiden Staaten. Gleichzeitig trieb Ulbricht unter der Losung der Stärkung der DDR als dem „deutschen Friedensstaat“ die Spaltung Deutschlands voran.

Der V. SED-Parteitag im Juli 1958 in Ost-Berlin wurde zum Auftakt der Berlin Krise. Ulbricht und Chruschtschow propagierten hier offen ihre politischen Ziele zur Veränderung der Lage in Berlin. Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, war damals der unbestrittene Herrscher über seine Partei und ihren Staat. Ulbricht formulierte sechs Bedingungen eines künftigen Friedensvertrages: 1. eine Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten, 2. ihre Blockfreiheit, 3. die Garantie der Menschenrechte; dazu sei es aber notwendig, „die Vorherrschaft der militaristischen und faschistischen Kräfte“ (in Westdeutschland) zu beseitigen, 4. Entwicklung einer „friedlichen Wirtschaft“, 5. Deutschlands Grenzen sind die, die von der Potsdamer Konferenz 1945 festgelegt wurden und 6. Deutschland unterhält nationale Streitkräfte,<sup>5</sup> vor allem aber ist „die Sicherung des Friedens [...] zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden“.<sup>6</sup> Die Forderungen basierten auf dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrags mit und über Deutschland von 1952 („Stalin-Note“).

Die SED beantwortete mit dem Forderungskatalog die Frage, wie sich die Koexistenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit einer Wiedervereinigung im Sinne der SED verträgt. Der sozialistische Kernstaat DDR werde aus historischen und völkerrechtlichen Gründen eine aktive Rolle „bei der Wiedervereinigung“<sup>7</sup> ausüben. Die politische Konsequenz hieß: Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik müssen sich ändern, und die DDR kann mit „friedlichen Mitteln“ dafür sorgen. Die SED beanspruchte somit ein Interventionsrecht gegenüber der Bundesrepublik. In Deutschland gebe es keine

---

5 Vgl. Walter Ulbricht: Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, Referat auf dem V. Parteitag der SED in: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VII, Berlin (Ost) 1964, S. 292–294.

6 Ebd., S. 295.

7 Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln 2001, S. 377.

friedliche Koexistenz zwischen DDR und Bundesrepublik, die DDR sei „der rechtmäßige souveräne deutsche Staat.“<sup>8</sup> Somit ist die Voraussetzung für „eine Politik der Wiedervereinigung, der nationalen Wiedergeburt Deutschlands“<sup>9</sup> die Beseitigung des „deutschen Imperialismus.“ Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es der inneren Festigung und weiteren „Stärkung der internationalen Stellung,“<sup>10</sup> der DDR als wichtigen Beitrag zum europäischen Frieden.

An der „Festigung“ der DDR hinderte die SED nicht zuletzt die Existenz von West-Berlin. Ulbricht beanspruchte Berlin als Hauptstadt des SED-Staates, dessen einer Teil von den Westmächten okkupiert war, und den sie als „Stützpunkt des kalten Krieges, der Spionage und Sabotage gegen die DDR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers missbraucht.“

Ulbricht forderte ultimativ:

Die Aufgabe ist, diesen unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern, die Verhältnisse in Berlin zu normalisieren und die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen. In Berlin ist ein entschiedener Kampf zu führen gegen die amerikanische Lebensweise und Dekadenz, die in bestimmten Kreisen Westberlins Platz gegriffen haben.<sup>11</sup>

Ulbrichts Forderung, die Verhältnisse in West-Berlin grundlegend zu verändern, enthielt bereits den Kern des sowjetischen Berlin-Ultimatums. Im Juli 1958 war es die Vorlage für den Auftritt Chruschtschows. Er sprach von der Stärke des sozialistischen Lagers und stellte sich demonstrativ hinter die Deutschlandpolitik der SED mit ihrem Vorschlag einer Konföderation der beiden deutschen Staaten. Schließlich sei die Frage der Wiedervereinigung eine innere Angelegenheit der Deutschen. Schuld an der entstandenen Lage sei die Politik der Westintegration der Bundesrepublik, sie habe eine „Mauer“ in Deutschland entstehen lassen. Hier schon fiel das Wort Mauer als symbolhaftes Bild für die Teilung. Der sowjetische Parteichef begründet seine Schuldzuweisung: „Niemand kann leugnen, daß der Eintritt Westdeutschlands in die NATO, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Beschluß über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen habe die internationalen Beziehungen und insbesondere die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten noch weiter verschärft. Die Bonner Regierung selbst errichtet somit Stein für Stein die Mauer zwischen den beiden Teilen Deutschlands.“<sup>12</sup> Um die Mauer zwischen den Deutschen niederzureißen, bot er einen Friedensvertrag mit Deutschland an und forderte dann, West-Berlin in eine „Freie Stadt“ umzuwandeln. Ein in sich stimmiges Bild der Teilung Deutschlands, wenn man die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zur Etablierung der SED-Diktatur außer Acht lässt.

Massiv griff Chruschtschow die Forderungen nach Wiedervereinigung der Bundesregierung an. Diese glaube offenbar, dass die Sowjetunion „ihr Einverständnis dazu geben und sich auf die

---

8 Protokoll des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10.–16.7.1958 in Berlin, 2 Bände, Berlin (Ost) 1959, Bd. 2, S. 1347.

9 Lemke, Einheit, S. 377.

10 Ulbricht: Kampf um den Frieden, S. 36.

11 Walter Ulbricht: „Der Sozialismus siegt!“ Schlusswort, in: Protokoll des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10.–16.7.1958 in Berlin, 2 Bände, Berlin (Ost) 1959, Bd. 2, S. 1348.

12 Rede von Chruschtschow, in: Protokoll des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10.–16.7.1958 in Berlin, zwei Bände, Berlin (Ost) 1959, Bd. 1, S. 279.

Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik einlassen könnte.“<sup>13</sup> Nach dieser Klarstellung fragte er unter dem Beifall der SED-Funktionäre: „Aber können denn Kommunisten zur Beseitigung einer sozialistischen Ordnung beitragen? Können wir denn dazu beitragen, daß das ganze deutsche Volk zu Kanonenfutter für die amerikanischen Generale gemacht wird?“<sup>14</sup> Dann ging der Redner zu seiner Berlin-Politik über. Er wiederholte Ulbrichts Forderung, Berlin zu einer Stadt des Friedens zu machen und die „Frontstadtpolitik“ in Westberlin zu beseitigen. Für die „Normalisierung“ des Verhältnisses von Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik sei das die entscheidende Voraussetzung.<sup>15</sup> Ulbricht ging dann auf die für den innerdeutschen Systemwettbewerb entscheidende „ökonomische Hauptaufgabe“ für die DDR ein, die im engen Zusammenhang mit dem geforderten Friedensvertrag stand.

Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft. (Lebhafter Beifall).<sup>16</sup>

Das Überholkonzept war Ausdruck der Hoffnung, dass die Systemfragen in Deutschland zu Gunsten des Sozialismus entschieden werden kann. Aber das Vorhaben war unrealistisch, die ökonomische Basis der DDR war für diesen Plan viel zu schmal. Die SED-Führung wusste das, hoffte aber auf sowjetische Hilfe und dass die Wirtschaft der Bundesrepublik auf eine Krise zusteuert – das Gegenteil trat ein: Der Arbeitskräftemangel in der Hochkonjunktur der Bundesrepublik hatte eine magnetische Anziehungskraft auf gut ausgebildete Fachkräfte aus der DDR und verstärkte die Flüchtlingszahlen.

### 3. Die SED im Berliner Wahlkampf 1958

Berlin war für die Bevölkerung in der DDR das Tor zum Westen und die Lösung des „Westberlinproblems“ eine der Grundfragen der SED-Politik, um den eigenen Staat zu stabilisieren.

In West-Berlin suchte die SED im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus 1958 die offene Auseinandersetzung, um ihre Forderung nach Umwandlungen in eine „Freie Stadt“ voranzutreiben. In der Endphase dieses Wahlkampfes griff Ulbricht ein und nahm grundsätzlich Stellung zum Status von Berlin. In der mit Moskau abgestimmten Rede<sup>17</sup> wiederholte er seine Behauptung, Berlin sei Hauptstadt der DDR und die ganze Stadt liege auf ihrem Territorium.

---

13 Rede von Chruschtschow, in: Protokoll des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10.–16.7.1958 in Berlin, zwei Bände, Berlin (Ost) 1959, Bd. 1, S. 278.

14 Ebd., S. 278.

15 Ebd., S. 1336.

16 Ebd., S. 319.

17 Vgl. Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958-1936. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006, S. 24.

Die „Besatzungsgewalt der Westmächte“ in West-Berlin habe zwar keine gültige Rechtsgrundlage mehr, aber „sie ist doch gegenwärtig noch eine Tatsache.“<sup>18</sup> Die Westmächte hätten das Potsdamer Abkommen gebrochen und damit „haben sie die Rechtsgrundlage ihres Aufenthalts in Berlin untergraben und jeden Rechtsanspruch sowie jeden moralisch-politischen Anspruch auf die Fortführung der Besatzung Westberlins verwirkt.“<sup>19</sup> Die sowjetische Drohung, über die alliierten Berlin-Rechte separate Verhandlungen mit der DDR zu führen, war nur glaubwürdig, wenn die DDR als souveräner Staat auftrat. Ulbricht forderte daher die Souveränität der DDR über ihre Hauptstadt Berlin zu respektieren, einschließlich der Kontrolle der Verkehrswege von den Westsektoren nach Westdeutschland: „Die Deutsche Demokratische Republik, die keinerlei Beschränkungen ihrer Souveränität kennt und ihre Hoheitsrechte auch in und für Berlin ausübt, geht in ihrer Politik von dieser realen Lage aus.“ Er nahm dann Bezug auf den Briefwechsel zwischen dem Außenministerium der DDR und dem der Sowjetunion von 1955 im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR, in dem sich die DDR damit einverstanden erklärte, „dass zeitweilig die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der drei in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA zwischen Westdeutschland und Westberlin von den sowjetischen Streitkräften in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübt wird. Eine solche Regelung schließt jedoch die Zuständigkeit der DDR für diese Fragen nicht aus. Der Verkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westsektoren Berlins und der Verkehr innerhalb Berlins werden von keinerlei Abmachungen berührt. Das gilt auch für das Überfliegen des Territoriums der DDR in den Flugkorridoren zwischen Westdeutschland und Berlin, soweit dies nicht der Versorgung der Westberliner Garnisonen der USA, Englands und Frankreichs dient. Bei Verhandlungen über die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten werden selbstverständlich auch solche Fragen Gegenstand der Beratung sein.“<sup>20</sup>

Ulbrichts Ankündigung der notwendigen Veränderungen in Berlin fand wenige Tage vor dem 10. November statt, an dem Chruschtschow in Moskau die Bühne des Sportpalastes betrat und den Westmächten diese Forderungen ultimativ als sowjetische Außenpolitik präsentierte. Die zweite Berlin-Krise hatte begonnen.<sup>21</sup>

Die erste Antwort auf diese Drohungen gaben die Wähler von West-Berlin am 7. Dezember 1958, sie ließen sich nicht einschüchtern. Die Wahlbeteiligung von 93 % glich einer Volksabstimmung gegen dieses Ultimatum und die SED, die nur 1,9 % der Wählerstimmen bekam. Die SED war sich der Bedeutung dieses Wahlergebnisses wohl bewusst und teilte ihre Einschätzung

---

18 Walter Ulbricht: An die Arbeiterschaft und an alle friedliebenden Bürger Westberlins!, in: Ulbricht, Geschichte, Bd. 3, S. 649.

19 Ebd., S. 649.

20 Ebd., S. 649–650.

21 Westmächte zerstörten Rechtsgrundlage ihres Aufenthaltes in Berlin – UdSSR fest an der Seite der DDR. Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikita S. Chruschtschow, zur Deutschlandfrage und über Berlin, 10.11.1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Band II: Vom IV. Parteitag der SED (30.3.–6.4.1954) bis zur Überreichung des zweiten sowjetischen Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland (10.1.1959), Berlin (Ost) 1963, S. 655.

Moskau auch mit: Die Lage in West-Berlin würde sich erst „radikal ändern, wenn die westlichen Besatzungsmächte aus West-Berlin abziehen würden.“<sup>22</sup> In der Tat war dies die Schlüsselfrage auch in der zweiten Berlin-Krise. Die Präsenz der Schutzmächte in West-Berlin war sicherheitspolitisch die Voraussetzung für die Sicherung von Freiheit und Demokratie der West-Berliner bis 1989.

#### **4. Ulbrichts Ziel: die volle Souveränität der DDR auch gegenüber der Sowjetunion und der Berlin-Status**

Chruschtschows Ultimatum an die Westmächte, innerhalb von sechs Monaten einen Friedensvertrag über Deutschland mit der Sowjetunion abzuschließen, verband er mit einer Drohung: Die Sowjetunion werde nach Ablauf dieser Frist und bei westlicher Verweigerung der Unterzeichnung des geforderten Friedensvertrages, einen solchen mit der DDR abschließen. Der springende Punkt dieser Drohung war die Ankündigung, der DDR vertraglich die sowjetischen Statusrechte in Berlin und damit die Kontrolle der Transitwege zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft von der Bundesrepublik nach West-Berlin zu übergeben.

Diese Ankündigung eröffnete der SED eine Chance auf volle Souveränität der DDR und damit auch mehr Spielraum gegenüber der sowjetischen Vormacht. Ulbricht war gewillt sie zu nutzen. Ihm ging es 1958 um mehr als die Schließung der offenen Sektorengrenze zu West-Berlin. Er kannte natürlich die Grundvoraussetzung eines möglichen Erfolges der SED: Sie konnte ihr Ziel nur im Kontext der sowjetischen Deutschlandpolitik durchsetzen und blieb von den Moskauer Entscheidungen abhängig, auf die Ulbricht wiederum nur bedingt Einfluss ausüben konnte. Für ihn blieb vom Anfang bis zum Ende der Krise der entscheidende Prüfstein: War die Sowjetunion tatsächlich bereit, auf ihre Statusrechte in Berlin zu verzichten und der DDR die Kontrolle über die Zugangswege von der Bundesrepublik, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, zu übertragen?

Neben diesem Interessenkonflikt mit der DDR gab es in der sowjetischen Politik einen weiteren Zielkonflikt und der betraf Berlin. Um die Konfliktkontrolle bei den Verhandlungen mit den Westmächten zu behalten, konnte sie den gemeinsamen Boden der interalliierten Vereinbarung über Berlin von 1944/45 propagandistisch, aber nicht völkerrechtlich verlassen. Aus der Perspektive einer global handelnden Macht konnte und wollte sie diesen Schritt – wenn überhaupt – erst tun, nachdem die Westmächte einem „Friedensvertrag über Deutschland“ zugestimmt hatten oder eine gemeinsame Vereinbarung über die Lösungen des „West-Berlinproblems“ gefunden war. In den internationalen Konferenzen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zwischen 1959 und 1962 beharrten diese auf dem Status quo, die Verhandlungen verliefen ergebnislos, einen Krieg um Berlin wollten Moskau und Washington nicht riskieren. Beide Seiten wussten, es würde ein mit Atomwaffen geführter Vernichtungskrieg werden. Die Phase der Verhandlungen endete in der Berlin-Krise mit dem Gipfeltreffen zwischen

---

22 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/668.

dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und Chruschtschow im Juni 1961 in Wien. Kennedy beharrte auf dem Recht der Vereinigten Staaten in Berlin mit Truppen präsent zu sein. Chruschtschow musste erkennen, dass er seinen Friedensvertrag nicht durchsetzen konnte. Sein Rückzug auf den Status quo der Teilung begann, als er Ulbricht erlaubte, die Grenze zwischen den Sektoren in Berlin zu schließen.

## **5. Ulbricht verlangt die Grenzschießung – die zweite Phase der Krise**

Die Diskussionen zwischen Ost-Berlin und Moskau über die vordringliche Lösung der „Westberlinfrage“ begannen im Herbst 1960 – zu einem Zeitpunkt, als die DDR in eine ökonomische Krise geriet. Ulbricht berichtete Chruschtschow im November 1960 über die krisenhafte Situation in der DDR und bat um Kredite und Wirtschaftshilfe. Die Situation wurde zusätzlich verschärft durch West-Berlin. Hier liefen die Informationen über den krisenhaften Zustand der DDR zusammen und durch die offene Sektorengrenze war die „Republikflucht“ leicht möglich, viele Menschen nutzten diese Chance. Ulbricht erhob laut russischem Protokoll gegenüber Chruschtschow nicht direkt die Forderung, die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin zu schließen. Der sowjetische Parteichef erläuterte seinem Gast den Terminplan für das weitere Vorgehen. Vor dem geplanten Treffen mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten Kennedy sollte es in der Berlin-Frage weder Entscheidungen noch Veränderungen des Status quo geben.

Im Januar 1961 beriet die SED-Führung die entstandene Lage und beschloss ihr weiteres Vorgehen. Hauptaufgabe wurde der verstärkte Kampf gegen die „Republikflucht“. Es war zugleich das Codewort, unter dem auch die Grenzschießung in Berlin vorbereitet wurde. Chruschtschow wurde über diese Politbüro-Sitzung informiert. Ulbricht schrieb ihm die Zahl der Flüchtlinge und ihre Altersstruktur: 75 Prozent von ihnen waren unter 25 Jahre alt. Die soziale Zusammensetzung war besonders alarmierend, es waren Angehörige der Intelligenz und qualifizierte Facharbeiter, die mit ihren Füßen gegen den Sozialismus stimmten. Mit ihrer Flucht verschärften sie die wirtschaftlichen Probleme der DDR. Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik, der „für jeden Einwohner in der DDR sichtbar war, ist der Hauptgrund dafür, dass im Verlauf von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben.“<sup>23</sup> Die entscheidende Voraussetzung für diese Abwanderung erwähnte Ulbricht nicht direkt. Die offene Sektorengrenze in Berlin, die diese Fluchtwelle ermöglichte, war der Kern des West-Berlinproblems der SED. Ulbricht forderte die Lösung der Westberlin-Frage noch im Jahr 1961.

Dieser Brief kam einem Offenbarungseid der SED gleich und war im Verlauf der Krise eine wichtige Zäsur. Die Existenzsicherung der DDR durch die Schließung der Sektorengrenze in Berlin rückte in den Vordergrund der von der Sowjetunion durchsetzbaren Konfliktlösung.

---

23 SAPMO-BArch, DY 30/3508, Ulbricht an Chruščev, 18.1.1961.



Chruschtschows Antwort verdeutlichte Ulbricht: Die Linie, die in Moskau am 30. November 1960 zwischen ihnen festgelegt wurde, galt weiter. Die Reihenfolge des sowjetischen Vorgehens in Berlin stand nicht zur Diskussion: „Wir wissen, dass auch Sie der Meinung sind, dass es in der heutigen Lage nach dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten notwendig und wichtig ist zu versuchen, die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Normalisierung der Lage in West-Berlin aufgrund einer Verständigung mit den USA sowie mit den anderen Westmächten zu regeln. Zurzeit beginnen wir, eine sachliche Erörterung dieser Fragen mit Kennedy einzuleiten. Die vorgenommene Abtastung zeigt, dass es einiger Zeit bedarf, bis Kennedy seine Position in der Deutschlandfrage deutlicher abgesteckt hat und es klar wird, ob die Regierung der USA gewillt sein wird, gegenseitig annehmbare Beschlüsse zu erzielen.“<sup>24</sup> Erst wenn diese Frage geklärt sei und man zu keiner Einigung gelange, sei der Zeitpunkt gekommen, um weitere Maßnahmen mit der DDR zu vereinbaren.

Zwei Monate später, im März, forderte Chruschtschow von Ulbricht, er möge mit Maßnahmen in Berlin warten, bis das Gipfeltreffen zwischen ihm und Kennedy stattgefunden hat. Sein politisches Ziel in diesem Gespräch sprach er gegenüber Ulbricht offen aus: „In den Gesprächen mit Kennedy wird der Friedensvertrag eine zentrale Frage sein. Wenn wir ihm den Friedensvertrag abringen, reißen wir die NATO in Stücke, denn die deutsche Frage zementiert die NATO.“<sup>25</sup> Mit Blick auf das bevorstehende Treffen versicherte Chruschtschow seinem Gast, dass er sehr wohl wisse, dass die Amerikaner auf Zeit spielten und sich mit ihren Verbündeten berieten, er aber nicht gewillt sei, länger zu warten. Zur gleichen Zeit traten auch die Differenzen in den Prioritäten zwischen der Großmacht und ihren Satelliten offen zutage. Wollte die SED mit dem Friedensvertrag vordringlich ihr Westberlinproblem lösen, so verfolgte Chruschtschow mit diesem Vertrag nichts weniger als eine weltpolitische Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa. Aus den unterschiedlichen Zielprojektionen ergab sich auch eine Differenz in der Einschätzung der Bedeutung der „Republikflucht“ über Berlin. Der sowjetische Parteichef spielte die Fluchtbewegungen in ihrer Bedeutung für die Stabilität des SED-Staates herunter. Noch im März dachte der sowjetische Parteichef nicht daran, in Berlin die offene Türe zu schließen. Ulbricht musste weiter warten, er hatte keine Alternative, obwohl Ulbricht Chruschtschow eindringlich versicherte: „Gegenwärtig stört uns das mehr als je zuvor, die Flucht hat jetzt einen größeren Umfang als vor zwei Jahren.“ Ulbricht übertrieb nicht, 1959 verließen 143.917 Flüchtlinge die DDR und Ost-Berlin, 48,3 Prozent von ihnen waren Jugendliche unter 25 Jahren. 1960 stieg diese Zahl auf 199.188, der Prozentsatz an Jugendlichen betrug 75 Prozent. 1961 sollten noch 207.026 Menschen nach West-Berlin flüchten, knapp die Hälfte war erneut unter 25

---

24 SAPMO-Barch, DY 30/3508, Chruščev an Ulbricht, 30.1.1961.

25 RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, S. 113-123, Gespräch Chruščevs mit Ulbricht, 31.3.1961, abgedruckt in: Gerhard Wettig in Zusammenarbeit mit Stefan Karner – Horst Möller – Michail Prosumenschtschikow – Peter Ruggenthaler – Barbara Stelzl-Marx – Natalja Tomilina – Aleksandr Tschubarjan – Matthias Uhl – Hermann Wentker (Hg.): Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Band 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962) München/ Berlin 2011, Dokument 4. Diesem Protokoll entstammen alle weiteren Zitate.

Jahren. Die dramatische Zuspitzung dieser Fluchtwelle kam allerdings erst nach diesem Moskauer Gespräch, in den Monaten Juni, Juli und August 1961 waren es: 19.198, 30.415 und 47.433, in drei Monaten flohen die Einwohner einer Großstadt.<sup>26</sup>

## 6. Am Scheideweg: Gipfeltreffen in Wien im Juni 1961

Die Frage eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Berlinfrage waren in Wien Gegenstand der letzten Gesprächsrunde zwischen dem amerikanischen Präsidenten Kennedy und Chruschtschow. Dieser übergab Kennedy ein auf sechs Monate befristetes Ultimatum, um die Berlin-Fragen zu lösen.

Chruschtschow beteuerte in dem Gespräch sein Interesse, „zusammen einen Friedensvertrag abzuschließen.“ Dieses Angebot verband er sofort mit einer Drohung: „Wenn Sie jedoch nicht die Bereitschaft dazu zeigen, werden wir allein auf einseitiger Grundlage den Friedensvertrag mit Deutschland schließen und dabei vor nichts haltmachen.“<sup>27</sup> Die erste Kontroverse über Berlin schien geografischer Natur zu sein:

Kennedy: „Aber West-Berlin befindet sich nicht auf dem Territorium der Ostdeutschen Republik.“ Chruschtschow: „Das ganze Territorium Ostdeutschlands einschließlich West-Berlins bildet das Territorium der DDR.“ Darauf entgegnete Kennedy mit der völkerrechtlichen Position der Amerikaner: „Das ist Ihr Standpunkt. Wir meinen jedoch, dass wir in West-Berlin bestimmte Rechte gemäß den Vereinbarungen mit Ihnen erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte Ostdeutschland übertragen. Auf einseitige Weise können Sie niemandem unsere Rechte übertragen.“ An anderer Stelle unterstrich er noch einmal, wie diese Rechte entstanden waren: „Wir befinden uns in Berlin nicht aufgrund irgendwelcher willkürlich gefasster Beschlüsse. Wir haben uns das Recht erkämpft, dort zu sein, auch wenn wir natürlich nicht so gewaltige Verluste erlitten haben wie Sie. Wir befinden uns in Berlin aufgrund internationaler Vereinbarungen und nicht aufgrund der Zustimmung der Ostdeutschen.“ Chruschtschow fragte: „Aber wozu brauchen Sie West-Berlin, warum halten Sie es für einen wichtigen Punkt?“ Kennedy ging auf diese Frage ein und unterstellte dem sowjetischen Staatschef, dass er versuche, die USA in die weltpolitische „Isolation“ zu treiben. Er beharrte darauf, dass Berlin die Interessen der USA unmittelbar berühre. „Wie können die USA damit einverstanden sein, dass Ostdeutschland uns den Zugang verwehrt, den wir erkämpft haben? Wenn wir diese Bedingung akzeptieren, dann wird das, ich wiederhole, zur völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozess der Isolierung meines Landes zu präsidieren, ebenso wie auch Sie, dessen bin ich sicher, dem niemals bezüglich Ihres Landes zustimmen würden.“ Chruschtschow: „Heißt das, dass sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollen? Kennedy: „Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und unsere

---

26 Statistiken und Dokumente, in: Hertel/ Jarausch/ Kleßmann (Hg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 312–314.

27 RGANI, F. 52, op. 1, d. 468, S. 2-14, Protokoll der Gespräche Chruschtschows mit Kennedy in Wien, 3. 7. 1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Bd. 3., Dokument 10.

Rechte in West-Berlin insgesamt aufrechtzuerhalten.“ Er wollte den Standpunkt der sowjetischen Seite nicht verändern, appellierte aber angesichts der gegenwärtigen Weltlage an ihn, das „Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern.“

Dieser Wortwechsel war vielleicht von entscheidender Bedeutung für Chruschtschows Entscheidung, in Berlin die Sektorengrenze durch Ulbricht schließen zu lassen. Chruschtschow kam in Wien aber noch einmal auf seine ultimative Drohung zurück, am Ende des Jahres einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen. Kennedy stellte klar, dass nicht der Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR an sich das Problem sei, sondern: Ein Vertrag, „der uns unsere Rechte nimmt, ist ein Akt des Krieges.“ Eine formale Übertragung der Berliner Statusrechte der Sowjetunion an die DDR würde das Problem also keinesfalls lösen, denn der Versuch der DDR, diese Rechte gegenüber den Westmächten durchzusetzen, würde einen militärischen Konflikt heraufbeschwören. Kennedy hatte die Schwachstelle in der Drohung mit dem separaten Friedensvertrag gefunden und gegenüber Chruschtschow markiert.

Kennedy fuhr fort, West-Berlin sei für ihn kein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, aber die USA hätten vertragliche Verpflichtungen übernommen, „von denen die ganze Welt weiß. Würden wir dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen, würde daraus die ganze Welt den Schluss ziehen, die USA seien ein Land, das seine Verpflichtungen nicht ernst nimmt. Und ich versichere Ihnen, dass wir unsere Verpflichtungen sehr ernst nehmen, die unsere strategischen Interessen berühren.“ Chruschtschow entgegnete mit Blick auf einen separaten Friedensvertrag mit der DDR: „Ich schätze Ihre Offenheit, Herr Präsident, erkläre aber meinerseits, dass, falls Sie nach Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Ihrem Recht auf Zugang nach Berlin bestehen, auch eine direkte Konfrontation zwischen uns diese Frage nicht zu Ihren Gunsten entscheiden wird. Wir werden uns gegen die Aggressionen verteidigen, falls Ihre Truppen die Grenzen der DDR überschreiten.“ Kennedy: „Aber Sie wollen doch die bestehende Lage verändern.“ Daraufhin versicherte ihm Chruschtschow, er wolle den Frieden, „Harvard-Drohungen von Ihrer Seite werden uns nicht aufhalten, wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufnötigen, wird es ihn geben. Das können Sie auch Macmillan, de Gaulle und Adenauer sagen, und behalten Sie, Herr Präsident, aber im Auge, dass dies unser unabänderlicher Entschluss ist und dass wir den Friedensvertrag im Dezember dieses Jahres unterzeichnen werden.“ Kennedy: „Ja, wie es scheint, wird es einen kalten Winter geben in diesem Jahr.“

Kennedy wehrte sich gegen das zweite sowjetische Ultimatum, war aber nicht prinzipiell gegen Verhandlungen über den Status quo in Deutschland. So vertrat er die Ansicht: „Ich glaube, es wäre gut, wenn Westdeutschland und Ostdeutschland einen Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen finden und die UdSSR und die USA ihre Beziehungen in eine positive Richtung entwickeln könnten.“

Chruschtschow befand sich nach dem Wiener Gipfel in einem Dilemma: Den von ihm angestrebten Friedensvertrag mit den Westmächten zur Veränderung des Status quo in Berlin konnte er auf dem Verhandlungsweg nicht durchsetzen, und die Krise der DDR, die sich in der Massenflucht über West-Berlin immer mehr verschärfte, ließ ein weiteres Zuwarten nicht zu. Der

Wiener Gipfel stellte einen Wendepunkt im Verlauf der zweiten Berlin-Krise dar und leitete den Rückzug der Sowjetunion aus einer politischen Offensive ein. Erst nach dem Gipfeltreffen wurde für Chruschtschow die Schließung der Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin durch Walter Ulbricht spruchreif.

### **7. Ulbricht: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!“**

Nach Wien ging es um die Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin, um die Existenz des SED-Staates zu sichern. Ulbricht eröffnete diesen propagandistisch mit einer spektakulären, internationalen Pressekonferenz am 15. Juni in Ost-Berlin. Themen waren der Entwurf eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, die Lösung der West-Berlin-Frage und die vollständige Abrüstung in Deutschland.

Das „Wiener Ultimatum“ hatte in West-Berlin Ängste und Ratlosigkeit ausgelöst, in der DDR eine neue Welle beinahe panikartiger Fluchten. Angesichts dieser Situation entschloss sich Ulbricht zur propagandistischen Offensive, seine Botschaft war unzweideutig: Der Friedensvertrag und die Lösung der West-Berlin-Frage werden kommen! Noch hatte der sowjetische Parteichef aber die Teilung Berlins durch Stacheldraht nicht entschieden.

Die Fragen der zahlreich eingeladenen, westdeutschen Journalisten bezogen sich auf Ulbrichts Vorstellungen von der Grenze in Berlin, die zukünftige Kontrolle der Transitwege durch die DDR und darauf, wie künftig mit den Flüchtlingen aus der DDR umgegangen werden sollte. Diese Pressekonferenz war ein zeithistorisches Ereignis, das den Schock festhielt, den das zweite >Wiener< Ultimatum Chruschtschows in Berlin und Deutschland ausgelöst hatte. Ulbricht trat selbstbewusst auf und ließ keinen Zweifel an der Durchsetzung des Friedensvertrages aufkommen. Die Korrespondentin der „Frankfurter Rundschau“ fragte ihn: „Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?“ Ulbrichts Antwort hat in der öffentlichen Meinung Deutschlands bis heute sein Bild vom „Mauerbauer“ geprägt, der zwei Monate vor dem 13. August die Öffentlichkeit kalt und berechnend täuschte. „Ich verstehe Ihre Fragen so, dass es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Um diese Aussage zu verstärken, beteuerte er – und das entsprach durchaus der Wahrheit – „Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für eine vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen Westberlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.“

Die Frage von „Spiegel“-Redakteur Karlheinz Vater traf ins Schwarze: „Ist es mit diesem strengen neutralen Status zu vereinbaren, dass weiterhin in Westberlin Flüchtlinge aus der DDR

aufgenommen werden?“ Ulbricht sprach offen aus, was er von der Verwaltung der künftigen „Freien Stadt“ erwartete: „Wir halten es für selbstverständlich, dass die sogenannten Flüchtlingslager in West-Berlin geschlossen werden und die Personen, die sich mit dem Menschenhandel beschäftigen, West-Berlin verlassen. Dazu gehören also nicht nur die Spionagezentralen der westdeutschen Bundesrepublik, sondern auch die Spionagedienste der USA, Frankreichs und Englands.“ In Ulbrichts Darstellung waren es diese Dienste, die den „Menschenhandel“ aus der DDR organisierten. Ausdrücklich betonte er, dass es auch künftig möglich sein werde, den Wohnsitz zu verändern und aus der Bundesrepublik in die DDR und umgekehrt zu ziehen, aber dies müsse alles „auf gesetzlichem Wege geschehen.“

## 8. Die Entscheidungen

Ende Juni/ Anfang Juli 1961 teilte Ulbricht durch den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin Michail G. Perwuchin Chruschtschow mit: Bei einer offenen Sektorengrenze in Berlin könne er die Existenz der DDR nicht mehr garantieren: „Wenn die gegenwärtige Situation der offenen Grenze weiter bestehen bleibe, sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Als Kommunist warne er davor und lehne alle Verantwortung dafür ab, was weiter geschehe. Er könne diesmal nicht garantieren, die Lage unter Kontrolle zu halten. Das sollte man in Moskau wissen.“<sup>28</sup>

Zeitgleich zog auch Perwuchin selbst die Konsequenz aus der entstandenen Pattsituation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in Berlin: Er schrieb nach Moskau, die Schließung der Grenze sei technisch schwierig und würde politischen Schaden anrichten, aber „angesichts der Verhärtung der politischen Situation“ könnte die Teilung Berlins „notwendig werden.“<sup>29</sup>

Bevor sich Chruschtschow in seinem Urlaub am 20. Juli endgültig entschied, Ulbricht die Berliner Sektorengrenze abriegeln zu lassen, zog er Erkenntnisse und Berichte des militärischen Geheimdienstes (GRU) und des KGB vor allem über die amerikanische Politik zurate.<sup>30</sup>

All diese Informationen der Geheimdienste ließen für ihn nur eine Schlussfolgerung zu: Die NATO würde die Bedrohung des freien Zugangs nach West-Berlin als militärischen Ernstfall ansehen – genau jene Haltung, die Kennedy in seiner Rede an die Nation am 25. Juli bekräftigen sollte. Die Geheimdienstinformationen über die militärische Stärke der USA und der NATO sollen ebenso eine zentrale Rolle für Chruschtschows Entscheidungen gespielt haben, wie die negativen Antwortnoten der drei Westmächte vom 17. Juli auf das sowjetische Memorandum vom 4. Juni über eine vertragliche Berlin-Regelung. Erneut bekräftigten die drei Mächte ihre Rechte in Berlin.

---

28 Julij A. Kwizinskij, *Vor dem Sturm: Erinnerungen eines Diplomaten*. Berlin 1993, S. 179–181.

29 Wladislaw Subok – Konstantin Pleschakow, *Der Kreml im Kalten Krieg: von 1945 bis zur Kubakrise*. Hildesheim 1997, S. 351.

30 Matthias Uhl: *Krieg um Berlin?* München 2008, S. 165–182; Steininger: *Berlinkrise und Mauerbau*, S. 223–226.

Der amerikanische Präsident selbst formulierte am 25. Juli 1961 in seiner Rede an die Nation die drei *essentials* seiner Berlin-Politik: „Das Recht auf die Präsenz der Westmächte, die Rechte auf Zugang, die Sicherung der Freiheit ihrer Bewohner.“ West-Berlin stehe unter dem Schutz des NATO-Schildes, „und wir haben unser Wort gegeben, dass wir jeden Angriff auf diese Stadt als einen gegen uns alle gerichteten Angriff betrachten werden.“ Kennedy machte unmissverständlich klar, wer für die Krise verantwortlich war, nämlich Moskau.<sup>31</sup>

Der Präsident fügte hinzu, sollte es zum Krieg kommen, dann habe ihn Moskau, aber nicht Berlin ausgelöst. Die Botschaft hatte zwei Seiten, sie enthielt neben der Abschreckung auch ein Angebot für einen Kompromiss auf der Basis des Viermächtestatus der Stadt. Er begrenzte seine Garantien und sprach bewusst von „West-Berlin“ statt von „Berlin“. Diese Wortwahl signalisierte Moskau, die USA waren gewillt, auch die originären Siegerrechte der Sowjetunion in ihrem Sektor zu respektieren, wenn sie dasselbe hinsichtlich der Rechte der Westmächte tat. Das war in Bezug auf Berlin „eine Neudefinition westlicher Interessen, die der deutschen Seite, Adenauer inbegriffen, bis zum 13. August größtenteils verborgen bleibt.“<sup>32</sup>

Chruschtschow erlaubte Ulbricht die Grenzschießung in Berlin und befahl gleichzeitig dem Befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) Armeegeneral Iwan I. Jakubowskij, die Pläne für die Grenzschießung auszuarbeiten. Beide Entscheidungen waren zugleich mit den drei *essentials* von Kennedys Berlinpolitik kompatibel. Moskau und Washington verfolgten in ihren Entscheidungen ein gemeinsames Motiv, beide wollten keinen Krieg um Berlin. Der Status quo der Einflussphären in Deutschland und Berlin wurde zur Basis der Konfliktlösung.

## 9. Ulbricht: „Zu einem Sonntag handeln.“

Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin Michail G. Perwuchin teilte Ulbricht Chruschtschows Antwort und Anweisung, „die Grenze Westberlins zu schließen und mit der praktischen Vorbereitung dieser Maßnahme unter größter Geheimhaltung zu beginnen.“<sup>33</sup> Ulbricht nahm die Mitteilung ungerührt zur Kenntnis und ließ Chruschtschow seinen Dank ausdrücken, bevor er detailliert über die Durchführung der Aktion sprach. Um die Grenze zu West-Berlin in ihrer ganzen Länge abzuriegeln, benötige man in ausreichender Menge Stacheldraht, ebenso „Pfähle, und alles müsse insgeheim nach Berlin gebracht werden. Auch die U- und S-Bahn-Verbindungen nach Westberlin müssten unterbrochen werden.“ Mit seinen Detailkenntnissen soll er den sowjetischen Botschafter verblüfft und ihm zugleich demonstriert haben: Die SED dachte schon länger über diese Aktion nach. Ulbricht wusste auch bereits, man „sollte an einem Sonntag handeln“ – und der 13. August war ein solcher. Geheimhaltung war die Voraussetzung für die Vorbereitung und das Gelingen der Operation „Rose“. Die konspirative Kommunikation

---

31 John F. Kennedy: Rede an die Nation am 25.7.1961, zit. nach: Steininger, Der Mauerbau, S. 227.

32 Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 654.

33 Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 180, alle folgenden Zitate entstammen der gleichen Quelle.

zwischen Ulbricht und Chruschtschow während dieser Operation „Rose“<sup>34</sup> beschrieb Kwizinskij ebenso wie die Vorbereitungen in der SED. Ulbricht ließ die für Chruschtschow bestimmten Pläne durch Kurier in die sowjetische Botschaft bringen und Kwizinskij nahm sie in Empfang. „Wir übersetzten die Dokumente und übermittelten sie nach Moskau.“<sup>35</sup> Das geschah nicht durch Funk, da man fürchtete, der Code sei nicht sicher genug, sondern per Kurier. Perwuchin persönlich schrieb die Briefe für Chruschtschow und war im Zweifel, ob er seinen Außenminister Andrej Gromyko in die Sache einweihen durfte, was er dann aber doch tat.

Der SED-Chef entschied, „nur Erich Mielke, den Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Erich Hoffmann und Verkehrsminister Erwin Kramer einzuweihen.“ Bis auf Hoffmann gehörten die Genannten zu der Arbeitsgruppe, die im Januar 1961 vom SED-Politbüro eingesetzt wurde, um die „Republikflucht“ einzudämmen. Alle Verantwortlichen für die Operation „Rose“ waren Moskau-Kader aus dem sowjetischen Exil; der Verkehrsminister muss hierbei besonders erwähnt werden, da er die Verantwortung für die Unterbrechung der S- und U-Bahn-Netze in Berlin trug.<sup>36</sup> Die Ausarbeitung des Gesamtkonzepts übernahm Ulbricht selbst, und erst einige Tage später teilte er mit, dass er beschlossen habe, Erich Honecker als Stabschef einzusetzen.<sup>37</sup> Das formal höchste Führungsgremium der Partei, das Politbüro des ZK, wurde mit der Operation erst befasst, als alle Entscheidungen bereits gefallen waren und es nur noch um die Durchführung der Operation „Rose“ ging.

Chruschtschow traf aber nicht nur eine politische Entscheidung, sondern auch eine über die militärische Seite ihrer Durchführung. Der damalige stellvertretende Chef der operativen Abteilung des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Oberst

Anatolij Grigorjewitsch Mereschko wurde damit beauftragt, „den Plan der Absicherung der Grenzkontrollsperrre zwischen Ost- und Westberlin auszuarbeiten.“ Er erinnert sich, wie Chruschtschows Anweisung an Armeegeneral Jakubowskij übermittelt wurde. Perwuchin erklärte ihm:

„Iwan Ignatjewitsch, wir haben über ein Staatsgeheimnis zu sprechen. Nikita Sergejewitsch [Chruschtschow] hat mich beauftragt, Sie über den Plan zur Einführung der Grenzordnung zwischen den beiden Teilen Berlins zu informieren, den sie auszuarbeiten haben». [...]

Er hat gefragt: «Wie viel Zeit brauchen Sie für die Ausarbeitung dieses Planes? Beachten Sie, dass nur drei Personen aus der Regierung der DDR daran teilnehmen werden: nach unseren Vorstellungen, Verteidigungsminister Hoffmann, Innenminister Maron und der Minister für Staatssicherheit Mielke.[...] Im Verlauf der Ausarbeitung des Plans hatte ich nur mit diesen drei

---

34 Das war der Deckname für die Sperrung der Sektorengrenze in Berlin.

35 Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 181.

36 Verkehrsminister Kramer emigrierte 1932 in die Sowjetunion, arbeitete im sowjetischen Verkehrswesen, 1937 Lehrgang Taktik der Pioniertruppen an einer sowjetischen Militärschule; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Instrukteur für das Pionierwesen eines Armeekurses.

37 Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 180.

Personen zu tun.“<sup>38</sup> Der Operationsplan war vor Ulbrichts Reise nach Moskau fertig und wurde ihm von Armeegeneral Jakubowskij erläutert. Er war dann Gegenstand des Gesprächs zwischen Ulbricht und Chruschtschow am 1. August 1961 in Moskau. Das Protokoll dieses Gesprächs gehört zweifellos zu den Schlüsseldokumenten des Mauerbaus. Erst jetzt wurde es in Moskau für die nunmehr edierten Gespräche Chruschtschows freigegeben.<sup>39</sup> Eines der Hauptprobleme der Teilung Berlins durch Stacheldraht war die reale Bebauung und die Grenzen der Verwaltungsbezirke in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin. An dieser Stelle muss ein Dialog genügen, um den Geist zu illustrieren, in dem die beiden kommunistischen Parteiführer über das Schicksal vieler Menschen entschieden:

Chruschtschow: „Ich habe eine technische Frage: Wie wird die Kontrolle an den Straßen verwirklicht, deren eine Seite sich in der DDR befindet und die andere in West-Berlin?“

Ulbricht: „Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern. An den anderen Orten werden wir Sperren aus Stacheldraht errichten. Der Draht ist schon herangeschafft worden. Das alles kann man sehr schnell machen. Schwieriger ist es mit dem Transportwesen.“

Ein weiteres Thema zwischen beiden war die Frage: Wie ernst war die Gefahr innerer Unruhen in der DDR? Dieser Teil des Gesprächs gewährt einen einzigartigen, bislang unbekanntem Einblick in die Wahrnehmung der Krise des SED-Staates durch Ulbricht und Chruschtschow „Ich habe noch eine Frage. Ich lese vertrauenswürdige Geheimberichte aus dem Westen, und sie schätzen die Lage so ein, dass in der DDR die Bedingungen für einen Aufstand herangereift sind. Gemäß ihrer politischen Linie geben sie die Anweisung, die Sache nicht bis zu einem Aufstand kommen zu lassen, weil dies zu nichts Gutem führe. Sie sagen: >Wir werden nicht helfen können, und die Russen werden alles mit Panzern niederschlagen<. Darum rufen sie zum Abwarten auf, bis die Bedingungen herangereift seien. Ist es dem wirklich so? Ich weiß das nicht genau und berufe mich lediglich auf westliche Berichte.“

Ulbricht: „Wir haben Informationen darüber, dass die Bonner Regierung durch Anwerbungen und die Organisation von Widerstand Schritt für Schritt Bedingungen für die Organisation eines Aufstandes vorbereitet, damit der Aufstand im Herbst 1961 stattfinden kann. [...] Ist dies alles real? Ein Aufstand ist nicht realistisch. Aber es sind Aktionen möglich, die uns großen internationalen Schaden zufügen könnten.“

---

38 „Arbeiten Sie einen Plan zur Grenzordnung zwischen beiden Teilen Berlins aus!“, Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko, Manfred Wilke/ Alexander J. Vatlin, Deutschland Archiv 2/2011 – Dokumentation, <http://preview-update.bpb.de/themen/NAWPSE.html>.

39 RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, S. 129-147, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.): Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Bd. 3, Dokument 15, die folgenden Zitate sind aus diesem Dokument.



## 10. Die Legitimation für den Mauerbau

Vom 3. bis 5. August 1961 berieten der Politische Beratende Ausschuss der Staaten des Warschauer Paktes in Moskau die Lage der DDR und das Berlin-Problem. Es waren die Parteiführer die sich trafen, trotzdem war es nicht das Gremium, in dem über das Für und Wider der Schließung der Sektorengrenze in Berlin noch kontrovers diskutiert wurde. Die Entscheidung darüber war schon gefallen; die Aufgabe dieses Gremiums war es, sie international zu legitimieren.

Ulbricht trug seinen Plan zur Schließung der Sektorengrenzen für DDR-Bürger in Berlin vor und sprach offen aus, gegen wen diese Maßnahme gerichtet war – gegen „unsere Menschen“, wie die SED die Bevölkerung in der DDR in ihrer Propaganda gern vereinnahmte: „Diese Lage macht es notwendig, dass zur gegebenen Zeit die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (die mitten durch Berlin geht) für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderer Ausreisegenehmigung passiert werden darf, oder, soweit das einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird.“<sup>40</sup> Der wahre Grund für die Grenzschießung, obwohl offensichtlich, konnte und durfte nicht genannt werden. Der Warschauer Pakt benötigte für den Bündnisfall propagandistisch die äußere Bedrohung eines Mitgliedsstaates. Und Ulbricht lieferte diese.<sup>41</sup> Mit einer historischen Analogie zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 konstruierte Ulbricht die äußere Bedrohung der DDR durch die Bundesrepublik:

Ausdrücklich hob er in diesem Szenario die Bedrohung der DDR durch West-Berlin „als vorgeschobenen Posten“ für die Bonner „Revanchepolitik“ hervor, um die Notwendigkeit der Schließung der Sektorengrenze als Bündnisfall des Warschauer Paktes darzustellen.

Die auf dieser Ratssitzung ohne Diskussion beschlossene Erklärung diente den Staatsorganen der DDR als Legitimation für die Begründung ihrer Verordnungen zur Grenzschießung in Berlin. Volkskammer und Ministerrat der DDR wurden von den Vertragsstaaten des Warschauer Paktes empfohlen, „an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.“<sup>42</sup>

Die SED setzte die Moskauer Empfehlung auf einer Politbüro-Sitzung am 7. August um, die Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes wurde zum Basistext für die dort verabschiedeten Beschlüsse, die von Volkskammer und Ministerrat einstimmig und damit „demokratisch“

---

40 SAPMO-BArch, DY 30/3478, Rede Ulbrichts in Moskau auf dem Treffen der Ersten Sekretäre der ZKs der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten, 3.8.1961. XXX Bonwetsch/Filitov XXX.

41 SAPMO-BArch, DY 30/3386, Erklärungen der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten, Entwurf ohne Datum, handschriftlicher Zusatz „Streng geheim“, die kursiv gedruckten Satzteile sind handschriftliche Einführungen, vermutlich eine Übersetzungskorrektur durch Otto Winze; alle weiteren Zitate aus dem Entwurf dieser Erklärung.

42 SAPMO-BArch, DY 30/3386, Erklärungen der Regierungen der Warschauer Pakt-Staaten.

verabschiedet wurden. In Bezug auf den Ministerrat legte das Politbüro fest: „Der Beginn der vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle erfolgt in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates. Genosse Ulbricht wird den Ministerrat am Wochenende zu einem Beisammensein einladen.“<sup>43</sup> Am Abend des 12. August beendete Ulbricht in seiner Funktion als Staatsratsvorsitzender gegenüber dem Ministerrat die konspirative Vorbereitung der Grenzsperrung. Es galt, den Beschluss des Politbüros in staatliches Handeln zu überführen, sollte doch die Grenzschießung auf Grundlage eines Regierungsbeschlusses erfolgen. Diese Sitzung begann als Sommerfest in Ulbrichts Landhaus am Döllnsee.

Werner Eberlein<sup>44</sup> erinnerte sich: „Ich glaube nicht, dass jemand auch nur ahnte, worum es sich eigentlich handelte. [...] Nach dem Essen wurde gegen 9:00 oder 9:30 Uhr abgeräumt und Ulbricht sagte: >Wir machen jetzt noch eine kleine Sitzung<. [...] Dann trug Ulbricht vor, dass die Maßnahmen am 13. August durchzuführen waren. Ins Detail ging er nicht, sondern er las nur die zu fassende EntschlieÙung vor, der allgemein zugestimmt wurde. Nur wenige sagten ein paar Worte dazu. Nachts gegen 22:30 oder 23:00 Uhr wurde der Beschluss angenommen. Als die Gesellschaft ungefähr gegen 23:30 Uhr oder etwas später aufgehoben wurde und nach Hause fuhr, war die Chaussee nach Berlin bereits mit sowjetischen Panzern voll. Die Entscheidung war also bereits vorher gefallen.“<sup>45</sup> In ihrem Gespräch im November in Moskau behauptete Ulbricht gegenüber Chruschtschow, man habe den ganzen Tag beraten.

Der Beschluss des DDR-Ministerrates und die Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes hatten eines gemeinsam: Sie dienten der Legitimation der endgültigen Teilung Berlins.

## 11. Der militärische Aufmarsch

Ulbricht hatte in Moskau eindeutig klargestellt: Die Schließung des Tors zum Westen richtete sich gegen die DDR-Bevölkerung. Das Verlassen des SED-Staates ohne staatliche Genehmigung war als „Republikflucht“ bereits kriminalisiert, und nun sollte denen, die sie trotzdem wagten, der Weg über Berlin endgültig versperrt werden. Diese politische Zielsetzung gab der Sperrung der Sektorengrenzen ihre Form. Sicherheitspolitisch war sie eine komplexe Aufgabe, bei der den sowjetischen Streitkräften und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR die militärische Sicherung der Operation oblag. Sie standen für den Fall in Bereitschaft, dass sich über die Kontrolle der Transitwege nach West-Berlin ein militärischer Konflikt mit der NATO entwickelte.

---

43 Protokoll 39/61 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des ZK s am Montag, in die Ende August 1961, zitiert nach: Matthias Uhl und Armin Wagner (Hg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, Schriftenreihe der Vierteljahreshälfte für Zeitgeschichte Bd. 86, München 2003, S. 97.

44 Werner Eberlein (1919–2002), Sohn des KPD-Mitbegründers Hugo Eberlein, der 1937 in der Sowjetunion ermordet wurde. Sein Sohn wuchs in der Sowjetunion auf und war 1961 Dolmetscher von Ulbricht. 1986 Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 1989.

45 Wilfriede Otto: 13.8.1961 – eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte, Dokumente und Materialien, Gespräch der Autorin mit Werner Eberlein am 1.10.1996, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/1997, S. 85-89, hier S. 88.

Die Grenzabriegelung in Berlin selbst war eine Aufgabe des Ministeriums des Innern, dem die Grenzpolizei und die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die Parteiarmee der SED, unterstanden. Nur sie sollten zusammen mit der Volkspolizei in Berlin eingesetzt werden, um der ganzen Aktion den Charakter eines „Polizeieinsatzes“ zu geben. Trotzdem war dies Teil der militärischen Operation – das zeigt sich an der Tatsache, dass die sowjetische Armee die Planungsunterlagen für diese Aktion erstellt hatte. Auch die Durchführung der Grenzsperrung als Polizeiaktion hatte mit dem Viermächtestatus von Berlin zu tun; Aktionen des deutschen Militärs hätten gegen den entmilitarisierten Status der Stadt verstoßen.

Chruschtschow hatte am 4. August vor den Parteichefs der Staaten des Warschauer Paktes die militärischen Planungen nur mit der Bemerkung angekündigt, die sowjetische Armee werde an der Grenze der DDR Panzer in Stellung bringen – ein irreführendes Herunterspielen des Aufmarsches, der tatsächlich stattfand.

Im Zusammenhang mit dem „Wiener“ Ultimatum hatte schon am 1. Juli das Präsidium der KPdSU den von den Militärs ausgearbeiteten Einsatzplan „Maßnahmen zur Durchführung einer verstärkten Kontrolle und Bewachung an den Außen- und Sektorengrenzen Groß-Berlins“ bestätigt.<sup>46</sup> Zwischen Mai und August wurden die sowjetischen Truppen in der DDR um 37.500 Soldaten auf insgesamt 380.000 Mann verstärkt. An der polnischen Westgrenze wurden weitere 70.000 Soldaten stationiert und die Truppen in Ungarn um 10.000 Mann aufgestockt. „Damit war die Mannschaftsstärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa im Vorfeld des Mauerbaus um etwa 25 Prozent auf mehr als 545.000 Mann erhöht worden. Die Sowjetunion hatte fast ein Drittel der gesamten Landstreitkräfte für die militärische Absicherung der Grenzsicherung in Berlin in der DDR, Polen und Ungarn konzentriert.“ Auch die Luftstreitkräfte wurden in der DDR verstärkt, und sie verfügten erstmals über „Spezialmunition“. „Hinter diesem Begriff verbargen sich in der sowjetischen Militärsprache Atomwaffen.“<sup>47</sup> Das sowjetische Vorgehen in Berlin hatte die Interessen der Westmächte bei dieser Aktion im Blick. Besonders sensibel waren die Flugverbindungen von und nach West-Berlin. Die Luftkorridore waren für die Westmächte, aber auch für die DDR von herausragender Bedeutung. Die „Republikflüchtlinge“ wurden aus West-Berlin ausgeflogen. Ulbricht strebte seit Chruschtschows Ultimatum die Kontrolle über den Flugverkehr von und nach West-Berlin an, er forderte beharrlich die Auflösung des internationalen Flugsicherungszentrums Berlin und die Übernahme seiner Funktionen durch die DDR-Luftsicherung. Der mit West-Berlin abgewickelte, zivile Luftverkehr sollte gemäß seiner Vorstellung nach Berlin-Schönefeld verlagert werden.

Eine solche Regelung des Flugverkehrs nach West-Berlin hätte der DDR, unabhängig vom Abschluss eines Friedensvertrages, sofort die vollständige Kontrolle des zivilen Verkehrs auf allen Transitwegen von und nach West-Berlin verschafft. Ein Ausfliegen von DDR-Flüchtlingen

---

46 Uhl, Krieg um Berlin?, S. 126f. Dieser Plan ist bis heute für die historische Forschung noch immer gesperrt, betonte Uhl.

47 Ebd., S. 128f..

wäre nicht mehr möglich gewesen, damit hätte sich eine Mauer durch Berlin erübrigt. Die Planung der Grenzschießung lag in sowjetischer Hand. Die Arbeitsteilung zwischen der Gruppe der GSSD und der NVA während der Sperrung der Sektorengrenzen wurde festgelegt. Die Volksarmee sicherte die Aktion jenseits der Sichtweite der Grenze, und die sowjetischen Truppen hielten „sich in voller Kampfbereitschaft in der zweiten Reihe“<sup>48</sup> bereit. Der Marschall der Sowjetunion Ivan S. Konev wurde zum Oberkommandierenden der GSSD ernannt. Er übernahm sein Kommando am 10. August, und an diesem Tag erfolgte auch die Befehlsausgabe an die drei DDR-Minister zur Durchführung der Grenzsperrung am 13. August 0.00 Uhr.<sup>49</sup> Die Ernennung Konevs war ein symbolischer Schritt, der die sowjetische Entschlossenheit, ihre Siegerrechte in Deutschland zu behaupten, personalisierte: Konev hatte eine Zeit lang zusammen mit Marschall Konstantin G. Schukow jene sowjetischen Truppen kommandiert, die 1945 unter Žukov Berlin eroberten.

## 12. Vom Stacheldraht zur Mauer

Ulbricht hielt Stacheldraht als geeignetes Material für die rasche Absperrung der Sektorengrenze. Um den 20. August, erinnerte sich Kvicinskij, fand eine Besprechung zwischen ihm, Perwuchin und Marschall Konev statt. Ulbricht erklärte seinen sowjetischen Gästen, „die heiße Phase der Operationen sei vorüber; jetzt müsse man die Lage konsolidieren und die Grenze befestigen. Der Stacheldraht könne nicht ewig in der Stadt bleiben, er reize die Menschen und provoziere sie zu immer neuen Versuchen, die Grenze zu durchbrechen. „>Wir werden anstelle des Stacheldrahtes eine Betonmauer bauen<, sagte Ulbricht, >und sie sogar verputzen. [...] Dafür werden wir unsere Bauprogramme etwas reduzieren müssen. Aber wir haben keine andere Wahl.<“<sup>50</sup>

Der weitere Ausbau der Grenzsicherung in Form der Ersetzung des Stacheldrahtes durch eine Mauer folgte dieser Vorgabe.

Die Berliner Grenzziehung hatte auch Auswirkungen auf die Bewohner an der innerdeutschen Grenze. Mit der „Aktion Festigung“ setzte am 1. September eine zweite Umsiedlungswelle nach der von 1952 ein, „bei der 3000 unzuverlässige Elemente entlang der Grenzen zwangsweise ins Binnenland umgesiedelt wurden“. Das geschah auf Befehl des Innenministers, der die Bewohner klassifizierte, die aus dem Bereich der „5-km-Sperrzone und des 500-m-Schutzstreifens“ zu deportieren waren.<sup>51</sup>

Ulbricht informierte vier Tage vor der Sitzung des Zentralen Stabes Chruschtschow über seine Pläne: „Jetzt wird an der weiteren Befestigung der Grenze gebaut. Die Taktik, schrittweise die

---

48 Uhl, *Krieg um Berlin?*, S. 127.

49 vgl. „Arbeiten Sie einen Plan zur Grenzordnung zwischen beiden Teilen Berlins aus!“, Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko, Manfred Wilke/ Alexander J. Vatlin, *Deutschland Archiv* 2/2011 – Dokumentation, <http://preview-update.bpb.de/themen/NAWPSE.html>.

50 Kwizinskij, *Vor dem Sturm*, S. 187.

51 Jürgen Ritter und Peter Joachim Lapp: *Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk*. Berlin 2007, S. 28–30.

Maßnahmen durchzuführen, hat es dem Gegner erschwert, sich über das Ausmaß unserer Maßnahmen zu orientieren, und es uns erleichtert, die schwachen Stellen an der Grenze zu finden.“<sup>52</sup>

Der Zentrale Stab, der die Grenzabspernung am 13. August koordinierte, trat auf Beschluss des SED-Politbüros am 20. September noch einmal zusammen, um eine erste Zwischenbilanz der Grenzsperrung zu ziehen. Der Auftrag lautete außerdem: „Alle Durchbruchversuche müssen unmöglich gemacht werden.“<sup>53</sup> Generalmajor Willi Seifert vom Ministerium des Innern erläuterte die zu treffenden Maßnahmen, um die Grenzsicherung zu stabilisieren.

Für die innerstädtische Grenze plante das Ministerium des Innern, „18 bis 20 km Grenzmauer zu errichten. Bis zur Fertigstellung sind Gräben zu errichten“. In der „Kanalisation“ müssten Sperren errichtet werden. „Entschiedene Maßnahmen“ seien u. a. in der Bernauer Straße zu treffen, „wo die Grenzlinie entlang der Hausgrundstücke verläuft“. Hier müsse eine „vollständige Räumung oder schnellere Räumung unzuverlässiger Elemente erfolgen“. Auf Nachfragen erklärte er, dass die Mauer zwei Meter hoch gebaut werden sollte. Als sich die Delegationen von SED und KPdSU am 2. November 1961 trafen, hatte Ulbricht noch „eine kleine Frage“ an Chruschtschow: „Sie haben uns mitgeteilt, dass es richtig wäre, die Grenze in Berlin so zu verstärken, dass keine Panzer durchbrechen können. Gegenwärtig sind da Stacheldrahtsperrungen, und an einigen Stellen haben schwere Lastwagen sie durchbrechen können. Wir haben jetzt Anti-Panzer-Höcker vorbereitet. Wir könnten sie in zwei Nächten errichten. Die Frage ist nur, ob man das jetzt machen sollte.“ Chruschtschow: „Das an den Stellen, an denen der Übergang geschlossen ist? Aber warum sollte man das nicht tun?“<sup>54</sup>

### 13. Ende und Anfang

Die von Chruschtschow nach dem Wiener Gipfel gebilligte Teilung Berlins erwies sich tatsächlich als Ende seiner Offensive zur Durchsetzung der „Freien Stadt Westberlin“. Die Einflussphären in der europäischen Nachkriegsordnung bekamen mit der Berliner Mauer ihr abschreckendes und zugleich entlarvendes Symbol. Die Lösung der deutschen Frage blieb offen, doch der sowjetische Rückzug aus der politischen Offensive und das war die Teilung Berlins, vermied den möglichen, atomaren Krieg um Berlin. Der Verlierer war Ulbricht, die Sowjetunion gab den Viermächtestatus von Berlin nicht auf und der DDR wurde nicht die Kontrolle der Transitwege für die Westmächte in Berlin übertragen. Der SED-Staat benötigte für seine weitere Existenz geschlossene Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin. Als die Mauer in Berlin fiel, war dies der Anfang seines Endes.

---

52 SAPMO-BArch, DY 30/3509, Ulbricht an Chruščev, 16.9.1961.

53 Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Standes am 20.9.1961, zit. nach: Werner Filmer und Heribert Schwan: Opfer der Mauer. München 1991, S. 374. Diesem Protokoll entstammen auch die folgenden Zitate.

54 RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, S.129-147, Gespräch Chruščevs mit Ulbricht, 2. 11. 1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Bd. 3, Dokument 24.

Der Mauerbau war aber auch ein Anfang – die Einflussphären der beiden Weltmächte in Deutschland wurden von nun an respektiert und es begann die Phase der Politik zur Regelung des Status quo zwischen den westlichen Demokratien und den sozialistischen Staaten in Europa.

Die Ordnung der Einflussphären in Europa wurde erst durch die friedlichen Herbstrevolutionen in Mittel-Osteuropa 1989/90 und den Fall der Berliner Mauer beendet. Erneut stellte auch der Fall der Mauer sowohl ein Ende als auch einen Anfang für Deutschland und Europa dar. Die Mauer wandelte sich in ihrer Symbolik von Sperrwall zum Denkmal des Kalten Krieges und der deutschen Einheit.